

Interview mit Luciano G. Brunet (PT) , Stadtverwaltung Porto Alegre

? Welches waren in diesem Jahr die grossen Themen beim Beteiligungshaushalt in Porto Alegre, wieviele BürgerInnen haben sich an dem gesamten Prozess beteiligt?

L.G. Brunet: Dieses Jahr haben sich rund 30.000 Menschen beteiligt – angefangen von den Vorbereitungstreffen in den Stadtteilen und Slumgebieten bis hin zu den 16 Bezirksversammlungen und den 6 thematischen Vollversammlungen, auf denen die Prioritäten festgelegt wurden. Diesmal kamen in den Abstimmungen über die Prioritäten für 2004 der Wohnungsbau auf Platz 1, die sozialen Hilfsangebote auf Platz 2, Erziehung/Bildung auf Platz 3 und der Strassenbau auf Platz 4.

? Der Beteiligungshaushalt findet seit längerem internationale Beachtung als Musterbeispiel für Demokratisierung. Was ist aus Deiner Sicht entscheidend für seinen Erfolg und worin siehst Du seine größten Errungenschaften?

L.G. Brunet: Es gibt eine Vielzahl von Aspekten, die aus dem einen oder anderen Grund in den Entscheidungsprozeß über unseren Haushalt eingegangen sind, die ihm Schwung geben und ihn immer wieder vertiefen. Einige von ihnen erklären sich ganz einfach aus den im Laufe der Jahre angesammelten Erfahrungen. Dabei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß wir in einer Zeit begonnen haben, also während der achtziger Jahre - die für Experimente in Sachen direkte Demokratie äußerst günstig war. Als wichtigste Bestandteile hätten wir an erster Stelle die direkte Teilhabe der EinwohnerInnen an den wesentlichen Entscheidungen im Verlauf der Haushaltserstellung. Zweitens haben wir echte Entscheidungsmacht, oder anders gesagt, den Umstand, daß der Wille der Bevölkerung auch tatsächlich umgesetzt wird. Als dritten Bestandteil sehe ich die Freiwilligkeit der Teilnahme, und zwar auf allen Ebenen des Prozesses. Diese vermindert nämlich die latente Gefahr zur Herausbildung einer Gruppe von „Berufsmäßigen“, die sich ausschließlich damit beschäftigt und infolgedessen den gesamten Prozess unter ihre Kontrolle bringt, - sei es zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil ihrer Interessengruppe. Und viertens halte ich es für wichtig, daß es wirksame Instrumente zur Kontrolle der Gewählten – also der Delegierten und der Mitglieder des gesamtstädtischen Haushaltsrats – durch die Wählerinnen und Wähler gibt. Denn diese sichern zusätzlich die bereits erwähnten Bedingungen ab. So kann etwa Delegierten ihr Mandat von der Basis jederzeit wieder entzogen werden, die Mitglieder des Haushaltsrats müssen periodisch wechseln usw. Spielregeln und Funktionsweise werden alljährlich von der Basis überprüft und bei Bedarf geändert. Und schließlich möchte ich auf die weiteren Instrumente verweisen, die den Prozess transparent und kontrollierbar machen: Die ständige Veröffentlichung der Beschlüsse; die Möglichkeit, die Umsetzung der Vorhaben durch örtliche Kommissionen zu begleiten, die jährlichen Rechenschaftsberichte der Verwaltung zu Beginn der Diskussionsrunden usw. Diese Grundzüge in ihrer Gesamtheit, die sich zu einer äußerst offenen und relativ einfachen Entscheidungsstruktur zusammenfügen, mit sehr bürgernahen Beteiligungsmöglichkeiten, stellen gleichermassen eine intensive und beständige Erneuerung des Prozesses sicher. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch die von Beginn an große Rolle der organisierten Sozialbewegungen hervorheben, hier in Porto Alegre insbesondere die Bewohnerorganisationen aus den ärmsten Stadtteilen.

? Nun haben wir auch schon von den Problemen gehört, die in der Geschichte des Beteiligungshaushalts von Porto Alegre aufgetaucht sind. Worin siehst Du die wichtigsten Beschränkungen des Beteiligungshaushalts und wie löst ihr die Probleme und Widersprüche?

L. G. Brunet: Ich glaube, die größte Schranke ist darin zu sehen, daß der Entscheidungsprozeß in hohem Maße mit dem überkommenen Repräsentativsystem klar kommen muß. Es ist völlig unbestreitbar, daß diese Doppelstruktur beide Seiten beeinflusst

und beeinträchtigt. Mit anderen Worten: In dem Maße, wie Stadtrat und Stadtverwaltung ihre Funktionsweise mit Rücksicht auf die Herausbildung der Beteiligungsstrukturen in der Stadt verändern, in dem Maße passiert das auch auf der anderen Seite. Wird ein Mitbürger zum Mitglied des gesamtstädtischen Haushaltsrats gewählt, so erlangt er in seinem Stadtbezirk sofort eine große Bedeutung. Dies wiederum verschafft ihm neue Möglichkeiten in seiner Lebensplanung, was zum Beispiel bei einigen dazu geführt hat, für berufsmäßige Wahlämter zu kandidieren. Dieses Phänomen ist keineswegs vorherrschend, aber dennoch kommt es bereits vor.

Aber es gibt noch weitere Probleme, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Bald nach Einführung des Beteiligungshaushalts und bald nachdem die Entscheidung über Investitionen und Dienstleistungen der Bevölkerung überlassen wurde, kamen die Planungsaufgaben der Stadtverwaltung enorm unter Druck. Am Ende mußte die Verwaltung eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, die zu einem wachsenden Auseinanderdriften zwischen dem Prozeß des Beteiligungshaushalts einerseits und insbesondere den städtischen Planungsaufgaben andererseits führten. Um zu gewährleisten, daß die Ergebnisse der öffentlichen Haushaltsdiskussion auch respektiert und umgesetzt wurden, wurde alsbald ein Planungsbüro (Gabinete de Planejamento – GAPLAN) geschaffen, daß dem bisherigen kommunalen Planungsdezernat diese Funktion wegnahm, während dieses aber mit seinen Planungsaufgaben fortfuhr. Es liegt auf der Hand, daß dies nicht ohne erhebliche Konflikte vor sich ging.

Im Jahr 2001 wurde auf Initiative der Stadtregierung mit einer Analyse der Probleme und Grenzen des Beteiligungshaushalts begonnen. Dazu wurden zahlreiche SozialwissenschaftlerInnen eingeladen, die bereits an entsprechenden Feldforschungen teilgenommen hatten. Ausgehend von dem Text einer Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung haben wir eine Untersuchung begonnen, um die in dem Papier zusammengestellten Grenzen und Schwachstellen zu überwinden. Als Ergebnis haben wir eine Reihe von Änderungen in der Methodologie des Beteiligungshaushalts vorgeschlagen, die auf eine einfachere Handhabung, auf weniger Versammlungen usw. abzielte.

? Wäre Deiner Ansicht nach auch ein Beteiligungshaushalt auf Bundesebene mit der Regierung Lula möglich?

L.G. Brunet: Davon bin ich überzeugt. Nachdem wir den Beteiligungshaushalt schon auf Landesebene praktiziert haben (unter der PT-geführten Landesregierung zwischen 1999 – 2002, der Übersetzer), ist grundsätzlich der Beweis erbracht, daß es geht. Wie unsere Erfahrung zeigt, muß ein Beteiligungsprozeß kultiviert werden, bis er in vollem Umfang Früchte trägt. Wir könnten zum Beispiel mit einer Karawane der Bundesregierung in die Kommunen beginnen, um die Bevölkerung in die Haushaltsdiskussion einzubeziehen. Die Karawane könnte die hauptsächlichen Forderungen der Bevölkerung sammeln (auch solche, die noch aus kommunaler Sicht aufgestellt worden sind), und davon ausgehend einen Haushaltsentwurf erstellen, der die von der Bevölkerung gewünschten Prioritäten aufnimmt. In einem zweiten Schritt könnte sich die Diskussion über die bundesweite Prioritätensetzung in den Beteiligungsprozessen auf der kommunalen Ebene und auf der Landesebene entwickeln und auch die Beteiligung auf diesen Ebenen befördern. Ein solches Vorgehen würde unzweifelhaft einen gewaltigen Demokratisierungsprozeß auslösen und ein ganz neues Kapitel im Aufbau unserer Demokratie aufschlagen. Die Regierung Lula hat sicherlich bereits eine Vielzahl von gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten in der Verwaltung des Landes geschaffen, aber sie beschränkt sich in ihrer hauptsächlichen Strategie auf Verhandlungen zwischen Regierung und Kongress. Ich bin davon überzeugt, daß sich durch die Einführung der Volksbeteiligung im Bundesmaßstab die Waagschale sehr stark zugunsten der am meisten ausgebeuteten Bereiche unseres Landes neigen würde. Wir hoffen, daß wir in Kürze auf diese Option seitens der Regierung Lula setzen können.

? Einige Städte in verschiedenen Teilen der Welt orientieren sich bereits an dem Modell des Beteiligungshaushalts von Porto Alegre. Glaubst Du, daß es möglich ist, die Idee weltweit zu verbreiten?

L.G. Brunet: Der Beteiligungshaushalt ist ja keineswegs nur eine Formel, sondern eine Gesamtheit von Prinzipien, die an jedem Ort der Welt praktiziert werden können. Das Beispiel von Porto Alegre steht nicht allein, weder in Brasilien, noch in der Welt. Es gibt bereits sehr wichtige Beispiele in verschiedenen Städten Lateinamerikas (z.B. in Villa El Salvador in Peru oder in Montevideo, Uruguay). Die kürzlichen Kommunalwahlen in Kolumbien und in Argentinien lassen uns hoffen, daß noch weitere Städte diese Praxis übernehmen und daß diese sich in diesen Ländern verallgemeinert. Ähnliche Prozesse haben wir in Córdoba (Spanien) und in französischen Städten.

Die wichtigsten Grundsätze haben wir bereits erwähnt: das hohe Maß von direkter Demokratie, die Abwählbarkeit von Delegierten, die Entprofessionalisierung von Politik, die Selbstregulierung des Prozesses usw. Es handelt sich keineswegs um neue Grundsätze. Sie wurde im Lauf der Jahrzehnte nur vergessen, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich die Idee der Demokratie von der Idee der Begegnung, der Teilhabe und der Versammlungen vollständig löste. Davon ausgehend beschränkte sich Demokratie fast ausnahmslos auf periodische Wahlen (sei es in parlamentarischen oder Präsidialsystemen, usw.). Porto Alegre kommt das Verdienst zu, diese Idee wieder aufgegriffen zu haben. Nicht nur als einsames Beispiel, sondern als Symbol dafür, daß sie allgemein praktikabel ist. Und wir sind stolz auf unsere initiative Rolle und wir hoffen, daß wir auch auf der Höhe bleiben, sie weiterhin auszuüben. Unsere Hoffnung, daß sich dieser Prozess in ganz Brasilien verallgemeinert, ist sehr groß und unser Kampf darum ist sehr stark.

Fragen und Übersetzung: Antonio Andrioli, Doktorand der Sozialwissenschaften an der Uni Osnabrück und Hermann Dierkes, Vorsitzender der Ratsfraktion PDS-Offene Liste Duisburg

Erstveröffentlichung: Standpunkt Nr. 17, Zeitung der PDS-Offenen Liste Duisburg.
Erscheinungsdatum: 5.12.03